

Untreue zum Nachteil von Gesellschaften

Zugleich ein Beitrag zur Struktur des
Vermögensbegriffs als Beziehungsbegriff

Von

Ursula Neues



Duncker & Humblot • Berlin

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
I. Umriss des Themas.	1
II. Zur Opferorientierung der Untersuchung	2
1. Kriminologische Begründung	2
2. Dogmatische Begründung und Ziel der Untersuchung	4
III. Zur übergreifenden Bedeutung des Themas	9
IV. Abgrenzungsfragen	10
V. Gang der Untersuchung	14

1. Teil

Historisches Material	17
------------------------------	-----------

1. Kapitel

Die Ausgangsfassung des § 266 StGB und ihre Anwendung auf

gesellschaftsrechtlich geprägte Sachverhalte	22
---	-----------

A. Organisations- und Gesellschaftsformen	22
--	-----------

I. Bürgerlichrechtliche Vereinigungen	24
1. Korporationen ("universitates").	24
2. Privatgesellschaften ("societates").	25
II. Handelsgesellschaften	25
1. Die offene Handelsgesellschaft	26
2. Die Kommanditgesellschaft	27
3. Die Kommanditgesellschaft auf Aktien	27
4. Die Aktiengesellschaft	27
5. Sonstige Vereinigungsformen	28
III. Genossenschaften	28

IV.	Sozialversicherungsrechtliche Organisationen	29
1.	Privatrechtliche Organisationsformen	29
2.	Öffentlich-rechtliche Organisationsformen	30
B.	Anwendungsprobleme des § 266 StGB bei ungetreuem Verhalten zum Nachteil von Gesellschaften.	31
I.	Täterqualifikation	31
1.	Geschäftsführende Organe.	32
a)	Vorstände juristischer Personen	32
b)	Geschäftsführende Gesellschafter von Personengesellschaften.	33
2.	Aufsichts- und Kontrollorgane.	34
3.	Auswirkung irregulärer Aufgabenteilung in der Satzung.	35
4.	"Faktische" Organe.	35
II.	Tatobjekt - Die Beschränkung des § 266 Abs. 1 Ziff. 2 StGB auf "Forderungen und Vermögensstücke".	36
III.	Die "absichtliche" Benachteiligung als Problem der Tathandlung.	37
C.	Zusammenfassung	39
 2. Kapitel		
Einführung und Entwicklung gesellschaftsrechtlicher Untreuetatbestände		
in der Zeit von 1876 bis 1933.		40
A.	Täterqualifikation	41
I.	Untreue zum Nachteil von Organisationen.	41
1.	Organuntreue.	42
a)	Sozialversicherungsrecht	42
b)	Handelsrecht	44
c)	Genossenschaftsrecht.	45
2.	Sonstige täterqualifizierende Beziehungen zur Organisation.	46
3.	Zusammenfassung.	47
II.	Untreue zum Nachteil natürlicher Personen.	49
1.	Organuntreue.	49
a)	Allgemeine Organe.	49
b)	Spezielle Organe.	50
c)	Zusammenfassung.	52
2.	Sonstige täterqualifizierende Beziehungen.	53
a)	Sozialversicherungsrecht	53
b)	Börsenrecht	54
3.	Zusammenfassung.	55
B.	Tathandlungsbeschreibungen in ihrer Wechselbezüglichkeit zur Täterqualifikation.	56

I.	Unbestimmte Handlungsbeschreibung	57
1.	Handeln "zum Nachteil"	57
2.	Konturierungsbemühungen in Rechtsprechung und Literatur - das "Wesen der Untreue"	58
a)	Die Interpretation der Tathandlung nach der Mißbrauchstheorie	60
aa)	Handeln in Ausübung der Befugnisse	61
bb)	Rechtsgeschäftliches Handeln	63
cc)	Mißbrauch durch Unterlassen	64
b)	Die Interpretation der Tathandlung nach der Treubruchstheorie	64
aa)	Der "innere Zusammenhang" mit der Treuepflicht	64
(1)	Kein Handeln in Ausübung der Befugnisse	65
(2)	Die "Unablöslichkeit" der Organeigenschaft	66
bb)	Die rein "tatsächliche Einwirkung" auf das fremde Vermögen	67
cc)	Die "Pflichtwidrigkeit" des Handelns	68
dd)	Treubruch durch Unterlassen	69
c)	Zusammenfassung	71
II.	Spezifische Handlungsbeschreibungen	72
1.	Handeln zum Nachteil "bei der Ausführung eines Auftrages oder der Abwicklung eines Geschäfts"	72
2.	Die "rechtswidrige Verfügung"	74
3.	Die "Abweichung vom Geschäftsplan"	76
a)	Benachteiligende Abweichungen	76
b)	Vermögensgefährdende Abweichungen	77
4.	Vorenthalten von Versicherungsbeiträgen oder Nichtverwendung von Arbeitsentgelt für Versicherungszwecke	78
5.	Zusammenfassung	80
C.	Die Rolle des Benachteiligten	81
I.	Zum "Nachteilsbegriff"	81
II.	Funktion des Vermögensträgers für die Unrechtsvertypung der Untreue	84
1.	§ 266 StGB	84
2.	Gesellschafts- und handelsrechtliche Untreuetatbestände zum Schutze natürlicher Personen	85
3.	Gesellschaftsrechtliche Untreuetatbestände zum Schutz "der" Gesellschaft	86
III.	"Die" Gesellschaft als Benachteiligte	87
IV.	Funktion des Vermögensträgers für den Schutzbereich des (deutschen) Untreuestrafrechts	88
D.	Zusammenfassung	90

3. Kapitel

Der verbleibende gesellschaftsrechtliche Regelungsgehalt des § 266 StGB.	93
A. Originärer Anwendungsbereich des § 266 Abs. 1 Ziff. 2 StGB.	94
I. Die Amtsuntreue.	94
1. Beamte als "Bevollmächtigte".	95
a) Auffassung der Lehre.	96
b) Auffassung in der Rechtsprechung.	97
2. Untreuehandlungen.	98
3. Nachteil.	99
II. Untreue gegenüber (anderen) Vereinigungen und Gesellschaften.	99
1. Organe juristischer Personen als deren "Bevollmächtigte".	100
a) Vereine.	101
b) GmbH.	103
2. Organe von Personengesellschaften als deren "Bevollmächtigte".	104
a) oHG.	104
b) KG.	106
c) BGB-Gesellschaft.	107
d) Gemeinschaft.	107
3. Untreuehandlungen.	108
a) Belastung des Vermögens mit einer Verbindlichkeit.	108
b) Die "Statutenwidrigkeit" der Verfügung.	110
4. Nachteil.	111
III. Die Sonderfälle der "faktischen Gesellschaft" und der "faktischen Organe"	112
B. § 266 Abs. 1 Ziff. 2 StGB als "Auffangtatbestand".	113
I. Die Ausdehnung der Täterkataloge in Rechtsprechung und Literatur.	113
1. Darstellung.	113
2. Kritik.	115
II. Das Verhältnis der Untreuetatbestände zueinander.	116
1. Darstellung.	116
2. Kritik.	117
C. Zusammenfassung.	119
Zusammenfassung der Ergebnisse des ersten Teils.	122

Teil 2
Diskussion gesellschaftsbezogener Untreueprobleme des geltenden Rechts -
Darstellung und Kritik. 129

1. Kapitel

Gesetzliche Grundlagen und Diskussionsansatz 131

A. Gesellschaftsbezogener Geltungsbereich des § 266 StGB. 131

I. Der Geltungsbereich des § 266 StGB unter Berücksichtigung der Motive . . 131

1. Die Motive bei Schäfer. 132

2. Die Reform des § 266 StGB im "geschichtlichen Zusammenhang". . . . 133

II. Der Geltungsbereich des § 266 StGB unter Berücksichtigung der
 Aufhebungsgesetze. 136

1. Aufhebungsgesetze als auslegungsfähige Normen. 137

2. Wortlaut der die Sondertatbestände aufhebenden Normen. 137

3. Die Motive für die Aufhebungsgesetze. 138

4. Die systematische Begrenzung der Regelungen eines Änderungsgesetzes . 141

III. Auswirkungen der Änderungsgesetze auf den Geltungsbereich
 des § 266 StGB. 142

IV. Zusammenfassung und Konsequenzen für den weiteren
 Untersuchungsgang 144

B. Ansätze für gesellschaftsbezogene Fragestellungen aus dem
 Wortlaut des § 266 StGB. 145

I. Das in § 266 StGB vorausgesetzte Beziehungsgefüge. 145

1. Das "Opfervermögen" als Angriffsobjekt der Untreue. 145

2. Die täterschaftsbegründende Beziehung. 146

a) Täter als Subjekt der Beziehung 147

b) Grundlagen der Beziehung 147

c) Der Gegenpol der Beziehung 149

aa) Beziehung Täter - Vermögen. 149

bb) Beziehung Täter - Opfer. 149

cc) Dreiecksbeziehung 150

3. "Mißbrauchen" und "Verletzen" der Pflicht 153

II. Konsequenzen für den Zuschnitt der gesellschaftsbezogenen Fragen 154

2. Kapitel

Aussagen zur Frage: "Wer kann Opfer sein?" 156

A. Darstellung des Meinungsbildes. 156

I. Zur Strukturierung der Übersicht 156

1. Prämissen und Diskussionsansätze.	156
2. Opfertypologie.	157
a) Klassifizierungen nach dem Recht der Personenvereinigungen.	158
aa) Gesellschaftsrecht im engeren Sinne.	159
(1) "Juristische Personen".	159
(2) "Gesamthandsgemeinschaften".	160
bb) Öffentlich-rechtliche Organisationsformen.	162
b) Ergebnis für die "Opfertypologie".	162
II. Differenzierung zwischen juristischen Personen und Zusammen-	
schlüssen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.	163
1. Verallgemeinernde Stellungnahmen.	163
a) Obergerichtliche Rechtsprechung.	163
b) Literatur.	163
c) Gegenpositionen.	164
2. Konsequenzen für den Anwendungsbereich des § 266 StGB.	165
3. Beurteilung der einzelnen Formen gesellschaftsrechtlicher	
Zusammenschlüsse.	166
a) "Vermögensträger" mit eigener Rechtspersönlichkeit.	166
b) Zusammenschlüsse ohne eigene Rechtspersönlichkeit.	168
aa) Rechtsprechung.	168
(1) Gesellschafter als Vermögensinhaber.	170
(2) "Die Gesellschaft" als Vermögensinhaber.	170
bb) Literatur.	172
III. Die "öffentliche Hand" als Vermögensinhaber.	173
IV. Negativkategorien.	175
1. Funktionsbezeichnungen.	175
2. Isolierte Vermögensmassen.	176
V. Zusammenfassung.	178
B. Auswertung.	179
I. Der abstrakte Gehalt der Aussagen zur Benachteiligungsfähigkeit von	
Personenvereinigungen.	179
II. Analyse des Argumentationsmusters.	179
III. Methodische Kritik.	181
IV. Ergebnis.	184
3. Kapitel	
Aussagen zur Frage " Auf Grund welcher Beziehung kann eine	
Person Täter sein?"	186
A. Zur Differenzierung zwischen Mißbrauchs- und Treubruchsuntreue.	186

I.	Das "Zwei-Tatbestände-Konzept" und seine Begründung	187
1.	Das ursprüngliche "Drei-Tatbestände-Modell"	187
2.	Das "Zwei-Tatbestände-Modell"	189
3.	Konsequenzen für die Interpretation der Voraussetzungen	
	des § 266 StGB	190
a)	"Subsidiarität" des Treubruchstatbestandes	190
b)	Selbständige Interpretierbarkeit der Tatbestandsmerkmale	191
aa)	Vermögensbetreuungspflicht	191
	(1) Ausschließliches Charakteristikum des Treubruchstatbestandes	191
	(2) Differenzierende Interpretation des Betreuungsverhältnisses	192
bb)	Gespaltener Vermögensbegriff	193
II.	Die Lehre von der "Einheit der Untreuebestimmung"	194
1.	Mißbrauch als Unterfall des Treubruchstatbestandes ("Spezialität")	195
2.	Konsequenzen für die Interpretation der Voraussetzungen	
	des § 266 StGB	196
a)	Die "Vertretungsmacht" des Mißbrauchstatbestandes als Regelbeispiel für das "Treueverhältnis"	196
b)	"Keine Untreue ohne Treubruch"	197
aa)	Die Argumentation von Kurek	197
bb)	Das Scheckkartenurteil des Bundesgerichtshofs	199
cc)	Rezeption und Begründung in der neueren Literatur	201
	(1) Zur Vermögensbetreuungspflicht des Mißbrauchstäters	202
	(2) Zum Charakter der Alternativen als "Tatbestände"	204
3.	Die Lehre vom (fiktiven) übergreifenden Untreuetatbestand	205
a)	Die Auffassung von Sax	206
b)	Die Auffassung von Schlüchter	207
c)	Die Auffassung von Lenckner	207
III.	Zusammenfassung der divergierenden Sachaussagen	208
IV.	Methodenproblem als Ursache der Divergenzen	208
1.	Notwendigkeit und Ergiebigkeit einer Methodendiskussion	209
2.	Analyse und Kritik	211
a)	Die Prämissen des "Zwei-Tatbestände-Konzepts"	211
aa)	Der "Wille des Gesetzgebers"	212
bb)	Zur Maßgeblichkeit der Vorstellungen des historischen Gesetzgebers	214
cc)	Zwischenergebnis	218
b)	Prämissen der Lehre vom "einheitlichen Unrechtskern"	218
aa)	"Grammatikalische" Auslegung	218
bb)	Systematische Interpretation	220
3.	Ergebnis	220
V.	Basisdefinition für die Subsumtion gesellschaftsrechtlicher Beziehungen	222

Inhaltsverzeichnis

B.	Beziehungen zu Gesellschaften und ihrem Vermögen als Gegenstand strafrechtlicher Beurteilung	223
I.	Zur Differenzierung zwischen Innen- und Außenbeziehungen.	224
II.	Zur Differenzierung zwischen Körperschaften und Personengesellschaften	225
III.	Ordnungsraster.	226
C.	Darstellung des Meinungsbildes in Rechtsprechung und Literatur.	226
I.	Außenbeziehungen.	226
	1. Gesellschaftsrechtliche Regelungen	226
	2. Strafrechtliche Beurteilung	228
	a) "Dritte" in Beziehung zu einer Körperschaft oder Gesellschaft	228
	b) "Die Gesellschaft" in Beziehung zu Dritten.	229
II.	Innenbeziehungen.	231
	1. Gesellschaftsrechtliche Regelungen.	231
	a) Körperschaftliche Organisation.	231
	aa) Beziehungen der Mitglieder untereinander und zur Gesellschaft.	231
	bb) Organe.	233
	- Typ "Vorstand"	233
	- Typ "Mitgliederversammlung".	235
	- Typ "Aufsichtsrat".	236
	b) Personengesellschaften	237
	aa) Beziehungen der Gesellschafter untereinander und zum Gesellschaftsvermögen.	237
	bb) Das Prinzip der "Selbstorganschaft".	238
	2. Strafrechtliche Beurteilung	241
	a) Beziehungen der Mitglieder von Personenvereinigungen untereinander und zur Personenvereinigung	241
	aa) Mitglieder von Körperschaften untereinander.	241
	bb) Mitglieder einer Körperschaft in Beziehung zu dieser.	243
	cc) Gesellschafter einer Personengesellschaft untereinander.	245
	dd) Gesellschafter einer Personengesellschaft in Beziehung zu dieser.	248
	b) Organe in Beziehung zur Personenvereinigung.	249
	aa) Geschäftsführende Organe.	249
	(1) Körperschaften	249
	(2) Personengesellschaften.	250
	bb) Typ "Gesellschafterversammlung".	252
	(1) Körperschaften	252
	(2) Personengesellschaften.	256
	cc) Typ "Aufsichtsrat".	258
III.	Zusammenfassung.	259
D.	Auswertung	261

I.	Analyse der Argumentation zu den Außenbeziehungen	261
1.	Vermögensbetreuungspflichtige Dritte	261
2.	Vermögensbetreuungspflicht gegenüber Dritten	263
II.	Argumentation zur Betreuungspflicht geschäftsführender Gesell- schafter von Personengesellschaften	264
III.	Argumentation zur Vermögensbetreuungspflicht der Organe juristischer Personen	266
1.	Der Einfluß von Gesellschafterbeschlüssen auf die Vermögens- interessen der Gesellschaft	266
2.	Die Grenze des § 30 GmbHG	267
IV.	Zusammenfassung	269
	Zusammenfassung der Ergebnisse des zweiten Teils	270

Teil 3

Der Benachteiligte als Zuordnungssubjekt für Vermögen - Implikationen der Vermögensbegriffe 276

1. Kapitel

	Vermögenszuordnung als Sitz des Problems	278
A.	Die Charakterisierung des Verletzten durch den Wortlaut des § 266 StGB	279
I.	Attribute des Verletzten	279
1.	Die Merkmale "fremd" und "einen anderen"	279
2.	Die Voraussetzung "dem, dessen Vermögensinteressen"	279
II.	Rückschlüsse aus den täterschaftsbegründenden Voraussetzungen auf die Qualität des Vermögensinhabers	280
1.	"Rechtsverhältnisse", "Treueverhältnisse"	280
2.	"zu betreuen hat"	281
III.	Zwischenergebnis	282
B.	Teleologische Interpretationsansätze	282
I.	Darstellung der verschiedenen Auffassungen zum geschützten Rechtsgut des § 266 StGB	283
1.	"Das Vermögen" als geschütztes Rechtsgut	283
2.	Untreue als "Verratstatbestand"	284
3.	Vermögen und Vertrauen als geschützte Rechtsgüter	285

a)	Das individuelle Vertrauensverhältnis zwischen Täter und Opfer als zusätzliches Rechtsgut	285
b)	Das Vertrauen in die Redlichkeit des Rechts- und Wirtschaftsverkehrs als zusätzliches Rechtsgut	286
4.	Zusammenfassung	286
II.	Kritik	287
1.	Methodischer Ansatz	287
a)	Das Rechtsgut als Auslegungskriterium	288
b)	Das Rechtsgut als Auslegungsprodukt	289
2.	Zum geschützten Rechtsgut des § 266 StGB.	290
a)	Das Vermögen in seiner Gesamtheit als geschütztes Rechtsgut	290
b)	Die Argumentation für die Ausschließlichkeit des Vermögensschutzes.	291
aa)	Wortlautargumentation.	291
bb)	Systematische Argumentation.	292
(1)	Stellenwert systematischer Argumentation im Strafrecht.	292
(2)	Die Systematik des 22. Abschnitts des StGB.	293
cc)	Ergebnis.	295
c)	Die Begründungen für das (individuelle) Vertrauen als zusätzliches Rechtsgut	296
d)	Die Begründungen für das zusätzliche Rechtsgut "Vertrauen in die Redlichkeit des Rechts- und Wirtschaftsverkehrs".	299
aa)	Anforderungen an die Begründung überindividueller Rechtsgüter.	299
bb)	Ableitung aus der Entwicklung der gesellschaftsrechtlichen Untreue.	301
III.	Ergebnis und Konsequenzen für die Anforderungen an den Vermögensinhaber.	305
C.	Konsequenzen für die Konkretisierung der Definitionskriterien.	306
I.	Ableitungen aus der sachlogischen Struktur beider Definitionselemente	306
II.	Externe Interpretationsansätze.	308
1.	Das "Wesen der Untreue" als externer Ansatz für die Definition der Beziehung zwischen Täter und Opfer.	308
2.	Das geschützte Rechtsgut "Vermögen" als externer Ansatz für die Definition der "Zuordnung" von Vermögen und Vermögensinteressen	309
III.	Ergebnis und Präzisierung des Ansatzes.	309
2.	Kapitel	
	Die Aussagen der Vermögensbegriffe zum Vermögen als "Objekt", zur "Zuordnung" und zum "Subjekt".	311
A.	Prämissen und Arbeitshypothesen.	313

I.	Mögliche Prämissen.	313
1.	Isolierbare Aussagen über die "Zuordnung".	313
a)	Ableitungen aus dem geschützten Rechtsgut.	314
b)	Das Postulat widerspruchsfreier Lösungen.	316
c)	Ergebnis.	316
2.	Isolierbare Aussagen über das (Vermögens-) "Objekt".	316
3.	Isolierbare Aussagen über das (Vermögens-) "Subjekt".	320
4.	Ergebnis.	321
II.	Arbeitshypothesen zum "Subjekt" von Vermögen im Sinne des § 266 StGB	321
1.	Kategorien möglicher Subjekte.	322
a)	Juristische Personen.	322
aa)	Sprachliche Argumente.	322
bb)	Historische Argumente.	322
b)	Personengruppen.	324
aa)	Sprachliche Argumente.	324
bb)	Historische Argumente.	325
cc)	Methodische Argumente.	325
2.	Arbeitsdefinitionen.	326
a)	Zur Kategorie der "juristischen Personen".	326
aa)	Strafrechtliches Vorverständnis.	326
bb)	Außerstrafrechtliches Verständnis.	327
cc)	Ergebnis.	330
b)	Personengruppen.	330
III.	Arbeitshypothesen zum (Vermögens-) "Objekt" im Sinne des § 266 StGB . .	331
1.	Das Postulat der Einheitlichkeit des strafrechtlichen Vermögensbegriffs .	332
a)	Bedingungen eines einheitlichen Vermögensbegriffs aus der Perspektive des § 266 StGB.	333
b)	Vereinbarkeit dieser Bedingungen mit den Strukturen der §§ 253 und 263 StGB.	334
2.	Selektion der als Arbeitshypothesen geeigneten Vermögensdefinitionen .	335
a)	"Inventar-" und "Wertsummenbegriff".	335
aa)	Darstellung.	336
bb)	Funktionen des Inventar- und des Wertsummenbegriffs.	337
(1)	Aussagen zum Schaden.	337
(2)	Aussagen über das Angriffsobjekt und das geschützte Rechtsgut.	338
cc)	Konsequenzen für die Wahl des Untersuchungsansatzes.	338
dd)	Ergebnis.	341
b)	Ausklammerung von Schadenslehren.	341
aa)	"Subjektiver" und "objektiver" Schadensbegriff.	342
(1)	Darstellung der Positionen.	342
(2)	Funktion als "Schadenslehren".	344
(3)	Zwischenergebnis.	344
bb)	Vermittelnde Lehren und ihre methodische Einordnung.	345
3.	Ergebnis.	347

B.	Analyse und Kritik der verschiedenen Vermögenstheorien	347
I.	Der "juristische" Vermögensbegriff	348
1.	Aussagen und ihre Ableitungen für Vermögens "-Objekte" -	
	"-Subjekte" und "-Zuordnung"	348
a)	Die "Vermögenszuordnung" als Ansatz	348
b)	Das "subjektive Recht" als "Vermögensobjekt".	349
aa)	Die Ausgrenzung "immaterieller" Rechte.	350
bb)	Kritik.	350
cc)	Zwischenergebnis.	352
c)	Aussagen zum "Vermögenssubjekt".	352
d)	Zusammenfassung der Aussagen zu "Subjekt" - "Objekt" - "Zuordnung".	353
2.	Überprüfung der theoretischen Schlüssigkeit des Gesamtkonzepts.	354
a)	Stimmigkeit aus der Perspektive des Objekts.	354
b)	Stimmigkeit aus der Perspektive des Subjekts.	355
3.	Ergebnis.	358
II.	Der "wirtschaftliche" Vermögensbegriff	359
1.	Aussagen und ihre Ableitungen für Vermögens "-Objekte" -	
	"-Subjekte" und "-Zuordnung".	359
a)	"Wirtschaftliche Güter" als "Vermögensobjekte".	360
aa)	"Wirtschaft" als Eingrenzungskriterium.	361
bb)	Zwischenergebnis.	362
b)	Aussagen zur "Vermögenszuordnung".	363
aa)	Ausschluß der Rechtsordnung als Zuordnungsmaßstab.	363
bb)	Die "faktische" Zuordnung.	363
cc)	Entscheidungskriterien bei Kollision von Macht und Recht.	364
dd)	Aussagen zur Zuordnung.	366
c)	Aussagen zum "Vermögenssubjekt".	367
d)	Zusammenfassung der Aussagen zu "Objekt" - "Subjekt" und "Zuordnung".	368
2.	Überprüfung der theoretischen Schlüssigkeit des Gesamtkonzepts.	368
a)	Stimmigkeit aus der Perspektive des "Objekts".	368
aa)	Zur Definition der "Zuordnung".	369
bb)	Zur Definitionslogik.	372
b)	Notwendigkeit einer Konkretisierung der "Objekte" als "wirtschaftliche".	372
aa)	Abgrenzung von "Subjekt" und (wirtschaftlicher) Außenwelt	372
bb)	"Recht" als Selektionssystem	374
cc)	"Wirtschaft" als Selektionssystem.	376
(1)	Der extrem "wirtschaftliche" Standpunkt aus systemtheoretischer Sicht.	377
(2)	Ableitbare Kriterien für "Vermögen".	380
dd)	Zwischenergebnis.	382
c)	Konkretisierung der vermögenstauglichen Positionen nach dem Kriterium der "Tauschbarkeit".	382
aa)	Menschen als "Tauschobjekte".	383
bb)	Rechte als Tauschobjekte.	384
cc)	Zwischenergebnis.	385

d)	Möglichkeiten einer Korrektur des wirtschaftlichen Ansatzes.	385
aa)	"Juristische" Korrekturen.	385
bb)	Antinomie von "Wirtschaft" und "Recht".	386
cc)	"Recht" und "Wirtschaft" als integrierte Teilgebiete der Gesellschaft.	386
dd)	Konsequenzen für "wirtschaftliche" Definitionsansätze.	388
e)	Ergebnis der Kritik der Aussagen der wirtschaftlichen Vermögentheorie zu den "Objekten".	388
f)	Stimmigkeit aus der Perspektive des "Subjekts".	390
aa)	Juristische Personen des öffentlichen Rechts als Subjekte eines wirtschaftlichen Vermögens.	390
	(1) Die Einwände von Tiedemann, Volk und Amelung.	390
	(2) Die Zweckbezogenheit staatlicher Vermögensdisposition.	393
	(3) Bewertungsfragen als Gegenstand der Diskussion.	394
	(4) Zwischenergebnis.	396
bb)	Zuordnung von wirtschaftlich verstandenem Vermögen zu juristischen Personen des Privatrechts.	396
	(1) Konsequenzen der unklaren Zuordnungskriterien der "reinen" wirtschaftlichen Vermögentheorie.	396
	(2) Die "Rechtssubjektivität" als notwendige Eigenschaft des "Vermögenssubjekts".	398
	(3) Die Sperrwirkung der Rechtssubjektivität im Verhältnis zu den Teilhabern.	400
3.	Ergebnis der Diskussion der wirtschaftlichen Vermögentheorie.	401
III.	Kombinationstheorien.	402
1.	Die sogenannten "juristisch-ökonomischen Vermittlungslehren.	402
a)	Der "juristisch-ökonomische" Ansatz.	402
aa)	Darstellung der Aussagen.	403
bb)	Kritik.	404
b)	Der "ökonomisch-juristische" Ansatz.	405
aa)	Aussagen und ihre Ableitungen für Vermögens "-Objekte", "-Subjekte" und ihre "Zuordnung".	405
	(1) Vermögenstaugliche Objekte.	405
	(2) Zur "Zuordnung" von Vermögen.	406
	(3) Zum "Subjekt" von Vermögen.	410
bb)	Überprüfung der Schlüssigkeit des theoretischen Gesamtkonzepts.	411
	(1) Zur Definitionslogik.	411
	(2) Zwischenergebnis.	413
2.	Der sogenannte "dynamische Vermögensbegriff".	413
a)	Aussagen über Vermögens- "objekt", "-subjekt" und "-Zuordnung"	413
b)	Kritik.	414
c)	Ergebnis.	417
3.	Der "personale Vermögensbegriff".	417
a)	Aussagen und ihre Ableitungen zu Vermögens "-objekt", "-Subjekt" und "-Zuordnung".	418
aa)	Das "Subjekt" als Ansatz.	418
bb)	Aussagen zum "Objekt".	418
cc)	Aussagen zur "Zuordnung".	419
	(1) "Faktische Herrschaftsmacht".	419

(2) Rechtliche Komponenten	419
(3) Subjektive Komponenten	420
b) Überprüfung der theoretischen Schlüssigkeit des Gesamtkonzepts . .	421
aa) Zur Objektsdefinition	421
bb) Zur Zuordnung	421
cc) Zur Stimmigkeit aus der Perspektive des Subjekts.	422
c) Ergebnis	423
4. Der "funktionale Vermögensbegriff".	423
a) Differenzen zur personalen Vermögenslehre.	424
b) Erkenntnisziel	425
c) Ergebnis	426
IV. Zusammenfassung der Analyse der Vermögenstheorien und Ergebnisse . . .	426
C. Konsequenzen für den weiteren Untersuchungsgang.	428

Teil 4

Eigene Lösung zur Trias " Objekt - Zuordnung - Subjekt " von Vermögen	429
--	-----

1. Kapitel

Konkretisierung der Vermögensobjekte.	430
A. Konkretisierungsansätze	430
I. Systemtheoretische Aussagen	430
II. Handlungstheoretische Ansätze.	431
1. Die Begriffe "wirtschaftliches Handeln" und "Wirtschaftsordnung". . . .	431
2. Die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik	433
3. Tauschgeschäfte = Rechtsgeschäfte.	435
a) Die Grenzen des Art. 1, 2 Abs. 1 GG als Institutionen der konkreten Wirtschaftsordnung	436
b) Die Grenzen des § 138 BGB als Handlungsorientierung für wirtschaftliches Handeln.	436
4. "Konkret"- wirtschaftliche Definition der Vermögensobjekte (Ergebnis).	437
B. Die Vermögensobjekte im einzelnen.	437
I. Materielle Güter.	438
II. Personenbezogene Güter ("Dienstleistungen").	438
1. Eigenschaften oder Fähigkeiten eines Menschen als "Gegenstand" von Rechtsgeschäften.	438
2. Arbeitskraft	439
3. Wissen, "Know-how".	441
III. Rechte als "Güter".	442

IV. Zusammenfassung	444
2. Kapitel	
Vermögenszuordnung zu natürlichen Personen	445
A. Der Mensch als gesichertes Bezugssubjekt	445
B. Zuordnung als Bedingung des wirtschaftlichen Verteilungsprozesses	446
C. Konkretisierung der Definition.	448
I. Die Qualität der "faktischen" Verbindung zwischen Vermögens- objekt und Person	448
1. Die "Verkehrsanschauung" als Maßstab	449
2. "Herrschaftsmacht" als materielles Kriterium.	449
a) Macht in wirtschaftlichen Zusammenhängen.	450
b) "Schutz der Dispositionsfreiheit".	450
3. Erstes Teilergebnis.	452
II. Die Qualität der "rechtlichen" Verbindung zwischen Objekt und Person	453
1. Rechtlicher Schutz individueller Dispositionsmacht	453
2. Die Grenze der "Rechte anderer", Art. 2 Abs. 1 GG.	454
3. Zweites Teilergebnis.	456
III. Präzisierung nach dem Postulat eindeutiger und widerspruchsfreier Zuordnung.	456
1. Neuralgische Fallkonstellationen	457
a) Das Problem defekter Autonomie.	457
b) Das Problem der "Arbeitsteilung".	457
2. Hierarchisierung der Dispositionsbefugnis.	458
a) Zieldefinitionsmacht	458
b) Zwecksetzungsbefugnis.	459
c) Zwischenergebnis.	459
3. Modifizierung für unmündige Personen.	459
a) Gesetzliche Zwecksetzung an Stelle von Zwecksetzungsbefugnis	460
b) Zwischenergebnis.	461
D. Ergebnis für die Definition der "Zuordnung".	461
3. Kapitel	
"Vermögensinteressen".	462
A. Zur Notwendigkeit einer Differenzierung zwischen den Begriffen "Vermögen" und "Vermögensinteressen".	462
B. Darstellung und Kritik des Meinungsbildes in Rechtsprechung und Literatur.	463
I. Gleichsetzung von Vermögen und Vermögensinteressen.	463

II.	"Vermögensinteressen" als Ergänzung zum Vermögensbegriff.	464
1.	Einbeziehung formal tätereigenen Vermögens in den Kreis der Angriffsobjekte.	464
2.	Die Einbeziehung künftigen Vermögens in den Kreis der Angriffsobjekte.	465
III.	Die "Subjektivität" der Vermögensinteressen.	466
C.	Wortlautinterpretation.	467
I.	"Interesse".	467
II.	"Vermögensinteresse" - Arbeitsdefinition.	468
D.	Systematische Interpretation.	468
I.	Das Interesse "an" Vermögen.	468
1.	"Interesse" im Verhältnis zur "Zwecksetzungsbefugnis".	468
2.	"Interesse" und "Ausübung" der Dispositionsbefugnis.	469
3.	"Interesse" als "Zwecksetzung".	470
II.	Das Interesse "auf" Vermögen(serwerb).	470
E.	Definition.	471
4. Kapitel		
	Vermögenssubjekte.	472
A.	Abstrakte Merkmale.	472
I.	Ausschluß der "Rechtsfähigkeit" als Unterscheidungskriterium.	472
II.	Ableitungen für die Vermögensfähigkeit aus den bisher gewonnenen Ergebnissen.	474
1.	Insbesondere die Handlungsfähigkeit.	475
a)	Externe Handlungsfähigkeit.	476
b)	Interne Handlungsfähigkeit.	476
2.	Definierter Zweck.	476
3.	Haftungsfähigkeit.	477
4.	Individualisierbarkeit.	478
III.	Ergebnis.	479
B.	Die Vermögensfähigkeit von Personenvereinigungen.	479
I.	Das Konzept von John als Systematisierungsansatz.	480

II.	Analyse.	483
1.	Strukturelle Gleichartigkeit der Handlungsorganisation aller Formen von Personenvereinigungen.	483
2.	Materielle Gleichartigkeit der Identitätsausstattung.	484
3.	Differenzierung nach dem Kriterium des eigenen Haftungsverbandes . . .	485
a)	Juristische Personen.	485
b)	Personenhandelsgesellschaften.	486
c)	Gesellschaften bürgerlichen Rechts.	487
d)	Personengruppen - "soziale Einheiten".	487
4.	Zwischenergebnis.	488
5.	Insbesondere Differenzierung nach der Zuweisung der Zwecksetzungsbefugnis.	488
a)	Terminologisches.	489
b)	Zwecksetzungsbefugnis bei Personengesellschaften.	490
c)	Zwecksetzungsbefugnis bei juristischen Personen.	491
III.	Ergebnis und Überprüfung der Stimmigkeit des Konzepts.	492
1.	Überprüfung auf Eindeutigkeit der Zuordnungsergebnisse.	493
a)	Zuordnung von Gesellschaftsvermögen und Gesellschafts- anteilen bei der GbR.	493
b)	Zuordnung von Gesellschaftsvermögen und Gesellschafts- anteil bei der GmbH.	494
c)	Abgrenzung von Gesellschaftervermögen und Gläubigerrechten . . .	494
d)	Zusammenfassende Bewertung.	495
2.	Zur Terminologie.	496
	Zusammenfassung der Ergebnisse des 4. Teils.	499

Teil 5

Täterkreis und Tathandlungen 500

1. Kapitel

	Die Pflicht , Vermögensinteressen zu betreuen	502
A.	Vermögensinteressen.	502
B.	"zu betreuen hat".	502
I.	Definition des "Betreuens" in Rechtsprechung und Literatur.	502
II.	Betreuung.	503
III.	Pflicht.	504
1.	Der Blankettcharakter des Relativsatzes.	505
2.	Verweisung auf die (übrigen) täterschaftsbegründenden Normen.	505
a)	Die Befugnisgrundlagen der Mißbrauchsalternativen als pflicht- begründende Normen.	505
b)	Die pflichtbegründenden Normen der Treubruchsalternativen.	507

aa)	Die Wahrnehmung fremder Vermögensinteressen	507
bb)	Gesetz, behördlicher Auftrag, Rechtsgeschäft.	508
cc)	Insbesondere das "Treueverhältnis".	509
IV.	Konsequenzen für die Interpretation des Relativsatzes.	510
2. Kapitel		
	Mißbrauchsvarianten.	512
A.	Verfügungs- oder Verpflichtungsbefugnis.	512
I.	Die Außenmacht	513
1.	Gegenstand der "Befugnis".	513
a)	"Verfügen", "Verpflichten".	513
b)	"fremdes" Vermögen.	513
2.	Grundlagen der Befugnis.	515
II.	Inhalt des Begriffs "befugt".	516
III.	Zusammenfassung	519
B.	Tathandlung - "Mißbrauchen".	520
I.	Rechtsgeschäftlich wirksames Handeln.	520
II.	Die Pflichtwidrigkeit des Handelns.	520
1.	Zweckwidrige Verfügungen.	520
2.	Verfügungen unter Verstoß gegen nachrangige Festlegungen des Vermögensinhabers.	521
III.	Das "Einverständnis" des Vermögensinhabers.	523
3. Kapitel		
	Treubruchsvarianten.	524
A.	Pflicht, Gegenstand, Grundlagen.	524
B.	Außenmacht oder "Dispositionsmacht".	524
I.	Unvollständigkeit des Tatbestandes.	526
1.	Zur Unmöglichkeit einer Schadensverursachung durch "Pflichtverletzung".	526
2.	Interpretation der "pflicht"-begründenden Beziehung als machtbegründende Beziehung.	528
3.	Zwischenergebnis.	528
II.	"Vermögensverfügung" als ungeschriebenes Tatbestandsmerkmal.	529
III.	Schluß von der "Verfügung" auf "Verfügunngsmacht".	530

IV.	Die Tathandlung als Sitz des Problems.	530
C.	Definition der Tathandlung	531
I.	Konkretisierungsansätze in Rechtsprechung und Literatur.	532
II.	§ 266 StGB als Fremdschädigungsdelikt.	533
	1. Negative Eingrenzung der Tathandlung: Tatbestandslosigkeit der Selbstschädigung des Opfers.	533
	2. Negative Eingrenzung der Tathandlung: Tatbestandslosigkeit der Verfügung über tätereigenes Vermögen.	534
	3. Verbleibender Raum für mögliche Tathandlungen.	535
III.	Tathandlung = Geschäftsbesorgung	536
IV.	"Pflichtverletzende" Geschäftsbesorgung.	537
D.	Konsequenzen für die Treubruchsuntreue.	537
I.	Terminologisches.	537
II.	Differenzen zur herkömmlichen Auslegung der Treubruchsvarianten. . . .	539
E.	Ergebnis für die Treubruchsvarianten.	540
	Zusammenfassung der Ergebnisse des 5. Teils.	541

6. Teil

Konsequenzen und Ergebnisse für Untreue zum Nachteil von Gesellschaften^!

1. Kapitel

Organuntreue.	545
A. Typ "Gesellschafter-" oder "Mitgliederversammlung".	546
I. Personengesellschaften.	546
II. Juristische Personen.	546
1. Satzungswidrige Beschlüsse.	547
2. Verletzung von "Bestandsinteressen".	547
3. Verletzung von "Gläubigerinteressen".	548
4. Ergebnis.	549
B. Typ "Geschäftsführer".	550
I. Personengesellschaften.	550
II. Juristische Personen.	550
1. Vorstand einer Aktiengesellschaft.	551

2. Geschäftsführer einer GmbH.	553
C. Typ "Aufsichtsrat".	554
I. Die Überwachungstätigkeit als Geschäftsbesorgung.	554
II. Geschäfte mit der Gesellschaft.	555
III. Insider- und sonstige Eigengeschäfte.	556
D. "Faktische" Organe.	557
I. "Faktische" Organe als Problem der gesellschaftsrechtlichen Tatbestände und der Konkursdelikte.	557
II. Die Pflicht "faktischer" Geschäftsführer, fremde Vermögens- interessen zu betreuen.	558
1. "Treueverhältnis" als Grundlage der Pflicht	558
a) Die Regeln der GoA als pflichtbegründende Normen	560
b) § 242 BGB als pflichtbegründende Norm.	560
2. Ergebnis.	562
2. Kapitel	
Kaufmännische Risikogeschäfte.	563
A. Begriff.	563
B. Historische Ursachen des Problems.	564
I. Der Nachteilsbegriff als Ursache.	564
II. Historische Lösungsmodelle.	565
1. Die Nachteilszufügungsabsicht als Lösung.	565
2. Die kaufmännischen Sorgfaltspflichten als Lösungsansatz.	566
C. Aktueller Diskussionsstand.	567
D. Eigene Lösung.	569
I. "Vermögensinteressen" als Tatbestandsgrenze.	569
II. Fehlen ausdrücklicher Vorgaben.	569
1. Gesetzliche Vorgaben für autonomiegestörte Vermögensinhaber.	570
2. Konkludente Entscheidungen des Vermögensinhabers.	570
III. Speziell die Eingehung von Risiken für Gesellschaften.	571
IV. Speziell die "Sorgfalt eines gewissenhaften Kaufmannes".	572

V. Speziell "Pflichtwidrigkeit" und "Vermögensgefährdung".	573
Ergebnisse der Arbeit.	577
Literaturverzeichnis.	581
Stichwortverzeichnis.	611
Anhang - Gesetzessammlung.	615